

Noch 18 Monate bis zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative



«Bürokraten» «Fehlgeleitete Kreise» «Kleinkarierte Funktionäre» Christoph Blocher schießt gegen Wirtschaftsverbände

Von Christoph Lenz (Interview) und Joseph Kakshouri (Fotos)

Der Bundesrat hat Staatssekretär Jacques de Watteville als EU-Chefverhandlungspartner bestimmt. Ein Glücksfall für die Schweiz? Die Verknüpfung sämtlicher EU-Verträge ist richtig. Dieser Schritt war überfällig. Aber auch der beste Unterhändler kann keinen Vertrag zugunsten der Schweiz aushandeln, wenn der Bundesrat bereit ist, einen Kolonialvertrag zu akzeptieren. Abgesehen davon ist de Watteville ein EU-Turbo. Vor 18 Monaten hat das Volk die

Masseneinwanderungs-Initiative angenommen. Wie kommt die Umsetzung voran? Schlecht. Seit der Abstimmung sind wieder netto 100 000 Ausländer mehr in der Schweiz geblieben. Es wäre einfach, dies zu stoppen. Der Bundesrat müsste bloss die Regelung, die von 1970 bis 2007 galt, aus der Schublade nehmen. Aber der Bundesrat will nicht. Er hat seinen Zeitplan bis jetzt eingehalten. Im Herbst kommt das Ausländergesetz ins Parlament. Nein, das betrifft nicht die Zuwanderung. Die vorgesehene

Kontingentierung soll nur für Leute von ausserhalb der EU gelten. Diese Lösung strebt der Bundesrat an, aber bis zu den Wahlen will er die Karten nicht offenlegen. Hinzu kommt, dass der Bundesrat versprochen hat, die Zuwanderung auch ohne Initiative zu reduzieren. Auch da hat sich nichts getan. Er hat immerhin die Fachkräfte-Initiative ausgebaut. Ein Berichtlein, aber nichts Greifbares. Der Bundesrat will 100 Millionen Franken in die Ärzte-Ausbildung investieren, damit weniger Gesundheitspersonal aus dem

Ausland geholt werden muss. Mit Geld lösen Sie das Problem nicht. An den schweizerischen Unis besteht für Medizin faktisch ein Numerus clausus, weil ausländische Studenten die Universitäten überfüllen. Wegen der ungebremsten Zuwanderung braucht es auch immer mehr Ärzte, Pflegepersonal, neue Spitäler und so weiter. Worauf wollen Sie hinaus? Tatsache ist, dass der Stimmbürger die Personenfreizügigkeit beendet hat. Schliesslich heisst es jetzt in der Verfassung: «Die Schweiz regelt die Zuwanderung eigenständig.»

Im Abstimmungskampf sagten Sie, dass der Bundesrat in Brüssel alles erreichen könne, auch eine Anpassung der Personenfreizügigkeit. Jetzt soll das Volk die Personenfreizügigkeit beenden? Das habe ich zwar nicht gesagt. Aber der Vertrag mit der EU enthält Verhandlungsklauseln, eine Schutzklausel und eine Kündigungsklausel. Also anwenden, nicht schwatzen! Die EU droht damit, die Bilateralen zu kündigen. Die EU-Länder haben an diesen Verträgen das grösste Interesse als die Schweiz, denken Sie nur an das Landverkehrsabkommen. Die SVP bekämpft diese Verträge nicht. Sie sind für die Schweiz aber auch nicht überlebensnotwendig. Die Personenfreizügigkeit jedoch kann die Schweiz nicht verkaufen. Wer ist die Wirtschaft? Meinen Sie, ich hätte es nötig, auf die Wirtschaftsbürokraten zu hören? Es sind die gleichen fehlge-

leiteten Kreise, die 1992 die Schweiz in die EU treiben wollten. Schauen Sie sich doch Economiesuisse an: Die Direktorin kommt vom Staat, der Präsident war bei staatsnahen Unternehmen tätig. Es trifft Sie nicht, wenn die Bankiervereinigung sagt, die SVP sei keine Wirtschaftspartei mehr? Nein. Nur weil gewisse kleinkarierte Funktionäre glauben, damit etwas einfacher Geschäfte im Ausland zu ma-

chen, opfern wir nicht die schweizerischen Grundwerte. Was erwarten Sie nun vom Bundesrat? Dass er den Volkswillen endlich beachtet. Und dass er der EU erklärt, dass die Schweiz keine institutionelle Bindung akzeptieren kann. Lässt sich die EU nicht auf Verhandlungen ein, muss man halt in Kauf nehmen, dass die EU vielleicht sogar das gesamte Bilaterale-1-Paket kündigt.

Halbzeit im EU-Poker

Bern – Vor 18 Monaten haben die Stimmbürger der SVP-Zuwanderungsinitiative zugestimmt. In 18 Monaten muss die Initiative umgesetzt sein: Dann soll die Zuwanderung wieder über Kontingente und Inländervergang gesteuert werden. Von einer einseitigen Aufhe-

bung der Personenfreizügigkeit wollen Bundesrat, grosse Teile der Wirtschaft und die Parteien von SP bis FDP aber nichts wissen. Doch die SVP macht weiter Druck (siehe Interview). Und ein Einlenken der EU ist nicht absehbar. Die Sache bleibt also spannend, auch über die Wahlen hinaus.

POLITIK & WIRTSCHAFT

Bauzulieferer AFG baut 400 Jobs ab

Arbon TG – Der Bauzulieferer AFG zieht bei drei Schweizer Fabriken den Stecker. 400 Arbeitsplätze in der Schweiz gehen verloren. Die Mitarbeiterzahl in der Schweiz schrumpft damit auf 1000. «Wir stehen mit den Produktionskosten mit dem Rücken zur Wand», sagte Interims-Chef Alexander von Witzleben gestern. Unter dem Strich betrug der Verlust 132,6 Millionen Franken im ersten Halbjahr 2015.

Wallis will Wolf töten

Sitten – Der Walliser Staatsrat Jacques Melly hat den Abschuss eines Wolfes angeordnet. Das Raubtier hat im Vallon de Réchy und im Val d'Anniviers zwischen dem 19. Juni und dem 8. August insgesamt 38 Schafe gerissen.

Calmy-Rey trauert um ihren Mann

Genf – Schicksalsschlag für Ex-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (70, SP): Ihr Mann André Calmy ist kurz vor seinem 75. Geburtstag in Genf gestorben. Vor zwei Monaten hatte er sich einer komplizierten Operation am Universitätsspital in Lausanne unterzogen.

Nestlé verkauft wieder Nudeln in Indien

Vevey VD – Die indische Justiz hat gestern das Verkaufsverbot für Maggi-Instantnudeln von Nestlé aufgehoben. Der Rückruf der beliebten Fertignudeln hat den Westschweizer Lebensmittelmulti im ersten Halbjahr 66 Millionen Franken gekostet, sagt Finanzchef François-Xavier Roger. Nestlé setzte im ersten Halbjahr 2015 global fast 43 Milliarden Franken um.

Touri-Steuer auf Malle

Mallorca – Die spanische Insel Mallorca will 2016 eine Touristensteuer einführen. «Geplant sind ein bis zwei Euro pro Tag und Feriengast», sagt der Tourismusminister der Balearen der «Mallorca Zeitung». Noch tiefen Gespräche.

Börse & Devisen

Table with 2 columns: Index/Rate and Change. Includes SMI, DOW JONES, EURO/CHF, USD/CHF, GOLD, ERDÖL.

Wie steht es um China?

Und warum das so wichtig ist für uns



China hat alle überrumpelt. Und das gleich dreimal. Am Dienstag, Mittwoch und am Donnerstag hat Peking seine Währung, den Yuan, abgewertet (siehe Box). Das löste eine globale Schockwelle aus. Vielen führt das wieder mal vor Augen: Wir sind viel stärker vom Drachen abhängig, als uns lieb ist.



Angst vor einem Währungskrieg Peking – Chinas Zentralbank hat gestern den dritten Tag in Folge den Yuan gegenüber dem Dollar abgewertet – die stärkste Abwertung von Chinas Währung seit 20 Jahren! Die Yuan-Talfahrt löste am Mittwoch einen Mini-Crash an Europas Börsen aus. Ist die Angst vor einem Währungskrieg berechtigt? Zu einem solchen würde es kommen, wenn andere nachziehen und ebenfalls ihre Währungen verbilligen würden, um das Wachstum anzukurbeln. «Wir sehen die Abwertung dieser Woche nicht als Auftakt zu einem Währungskrieg», beruhigt China-Ökonomin Christa Janjic-Marti von Wellerhoff & Partners. Man müsse sich aber daran gewöhnen, dass der Wechselkurs gegenüber dem Dollar künftig täglich viel stärker schwanke.

preisen. Ohne Rücksicht auf die Arbeiter. «Die Chinesen haben das produziert, was die Welt wollte, und sie haben zu den Preisen geliefert, die den Menschen passen», stellt China-Kenner Schoettli fest. Für Felix Sutter, Asien-Experte bei der Beratungsfirma PwC, ist China «die Werkstätte der Welt». Benötigt wird vor allem Öl, Eisenenergie, Kohle und Kupfer. Wenn China plötzlich weniger braucht, zittern die Förderländer, allen voran Australien. Kaum eine international tätige Firma kann sich erlauben, auf China zu verzichten: «Wenn Sie dort nicht dabei sind, sind Sie auch global nicht mehr wettbewerbsfähig», erklärt Haerri. Tourismus-Maschine Chinesische Touristen sind Shopping-Weltmeister mit einer Vorliebe für Parfums, Schmuck und Uhren. Laut der Welt-Tourismusorganisation der Uno gaben sie für Reisen

«Als Teenager gingen wir in Würenlos zmörgelen»



Würenlos AG – Verkehrsministerin Doris Leuthard (CVP) besuchte gestern Benedit Bajra und Co. im Fressbalken. Sie berichtete in der Spezial-Sendung von «Schweiz aktuell» über ihre Erfahrungen auf und neben der Autobahn. Die Aargauerin erzählte, dass in ihrer Kindheit eine Fahrt auf der Autobahn noch ein Ereignis war. «Und als Teenager ging man am Sonntagmorgen auf die Raststätte Würenlos zmörgelen.» Auch heute als Bundesrätin ist Leuthard viel auf der A1 unterwegs. Da 85 Prozent der Staus auf Überlastung zurückzuführen sind, verspricht die Verkehrsministerin, die Beseitigung der Engpässe voranzutreiben.

«Unbeholfener Versuch»

Die Rechtfertigung und Entschuldigung des Churer Bischofs Vitus Huonder (gestern exklusiv im BLICK) vermögen die Schulengemeinschaft nicht zu besänftigen. Der Verband Pink Cross zeigt sich unversöhnlich und hält an seiner Strafanzeige gegen Huonder fest. Dessen Aussagen seien eine «reine Schutzbehauptung, um Druck seitens der Öffentlichkeit abzubauen». Huonder äussere sich seit Jahren «immer wieder abfällig gegenüber Schwulen und Lesben». Ähnlich sieht es der homosexuelle Zürcher FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann: «Es ist ein unbeholfener Versuch, das Ganze abzutemperieren.» Von einer echten Entschuldigung könne keine Rede sein. «Huonder stellt sich weiterhin gegen die Gleichstellung Homosexueller und möchte, dass die Gesellschaft in dieser Frage wieder vom eingeschlagenen liberalen Weg abkommt.» Mit seinen Äusserungen riskiere Huonder, dass diskriminierende Haltungen gefördert werden. «Dessen ist sich Huonder bewusst», sagt der aus der Kirche ausgetretene Katholik Portmann. «Er muss aber selber wissen, ob er mit diesem Glaubensbekenntnis mit seinem Hirtenamt im Reinen ist.» Ruedi Studer

Weko schliesst die Cola-Akte zu früh

Bern – Ein ganzes Jahr schon ermittelt die Wettbewerbskommission (Weko) im Fall Denner gegen Coca-Cola Schweiz. Dies auch nach der Einigung des Discounters mit dem Cola-Abfüller auf tiefere Preise, die BLICK Mitte Juli publik machte. Man wolle prüfen, ob sich alle wettbewerbsrechtlichen Aspekte geklärt haben, hiess es. Der Verdacht: unzulässige Behinderung von Parallelimporten. Dennoch schliesst die Behörde jetzt den Fall, bestätigt Weko-Vize-Direktor Patrik Ducrey. Die Begründung: «Angesichts der Einigung zwischen Denner und Coca-Cola Schweiz ist der Gegenstand unserer Vorabklärung entfallen.» Ist das ein Grund, die Ermittlungen jetzt kurzzerhand einzustellen? Die belastenden Dokumente im Cola-Fall hat Denner der Weko bereits 2014 geliefert! Warum ermittelt die Weko dann nicht auf eigene Faust weiter? «Kein Kommentar», sagt dazu Ducrey, wegen des Amtsgeheimnisses könne er nicht mehr sagen. Ein Cola-Dossier ist noch offen: Die Weko klärt in einem anderen Fall noch ab, ob Coca-Cola verhindert, dass Basler Wirte die Brause aus anderen Ländern direkt und billiger importieren können. Die Beizer klagen schon seit Jahren, dass sie behindert werden. Man sei «in der Endphase der Abklärungen gegen Coca-Cola», erklärt Ducrey. Ob die Weko eine Untersuchung einleitet, will er nicht sagen. Sie wäre auf jeden Fall dringend nötig. Ulrich Rotzinger

Explosion Bald 100 Tote?

Tianjin (China) – Die Explosionen in der chinesischen Hafenstadt Tianjin (BLICK berichtete) forderten mindestens 44 Tote und Hunderte Verletzte, von denen gestern 66 in Lebensgefahr schwebten. Offenbar ging die Katastrophe von einem Lagerhaus aus, das «gefährliche Güter» aufbewahrt. Unklar ist, was die Explosion auslöste. Grosse Teile des Hafens sind zerstört. Gespenstisch etwa ein Parkplatz mit Tausenden völlig ausgebrannter Neuwagen (Foto).



Umfrage

Hoffen Sie auf einen weiteren Aufstieg Chinas? Ja. Gut, wenn nicht nur die USA und die EU die Welt dominieren. Nein. Ich traue dem Mix aus Ultrakapitalismus und Diktatur nicht. Ich sehe die Sache süss-sauer. Stimmen Sie ab auf Blick.ch